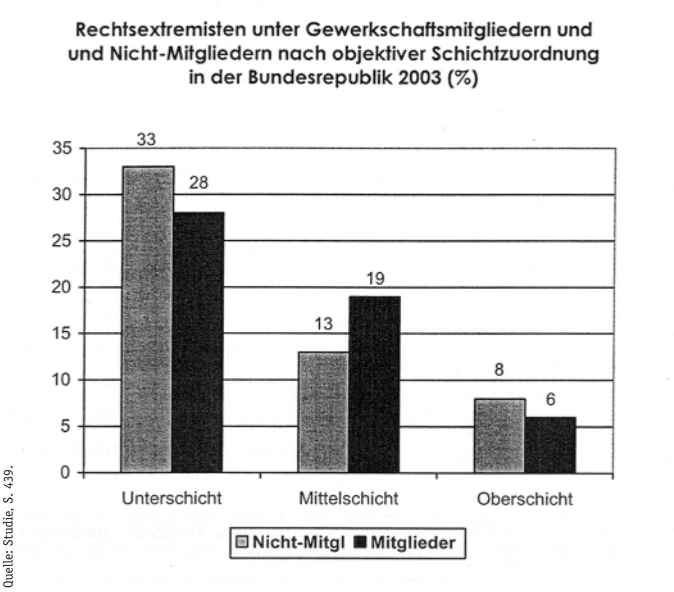
Aus der Mitte der Gewerkschaft

Hintergrund ➲ Studie zu Rechtsextremismus in den Gewerkschaften

Eine Anfang Juni veröffentlichte Studie hat Gewerkschaften und Öffentlichkeit bisher nur in geringem Maße alarmiert, obgleich das Ergebnis der Untersuchung lautet: Die Interessenvertretungen der Arbeitnehmer haben ein noch größeres Problem mit extrem rechts eingestellten Mitgliedern als befürchtet. »Wie findet Rechtsextremismus Eingang in die Gewerkschaften?« So lautet die Leitfrage der 600 Seiten starken, repräsentativen Untersuchung von Wissenschaftlern der Freien Universität Berlin im Auftrag der Otto-Brenner- und der Hans-Böckler-Stiftung. Zur Beantwortung dessen waren 4000 Menschen befragt worden – je zur Hälfte Gewerkschaftsmitglieder und solche, die nicht Mitglied sind.[1] Die Ergebnisse der zweijährigen Arbeit entsprechen zum Teil den Erwartungen der Macher und Auftraggeber – teilweise überraschen sie jedoch auch; einige treffen das Selbstverständnis der Gewerkschaft in ihrem Kern. Zugleich bietet die Studie Hinweise für eine offensive Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus insgesamt.

Auf die zentrale Frage der Studie, inwieweit extrem rechte Einstellungen in den Gewerkschaften verbreitet sind, liefert die Untersuchung ein differenziertes Bild. Insgesamt betrachtet liegen die Arbeitnehmervertretungen mit nur leichten Abweichungen im gesellschaftlichen Trend, der sich auf hohem Niveau stabilisiert hat: 19 Prozent der Gewerkschafter sind rechtsextrem eingestellt, bei den Nicht-Mitgliedern sind es 20 Prozent.

Betrachtet man die Ergebnisse indes differenziert nach sozialen Schichten, so ergibt sich ein deutlich anderes Bild. Zwar sind Gewerkschaftsmitglieder aus der Unterschicht und aus der Oberschicht seltener rechtsextrem eingestellt als die Nicht-Mitglieder der jeweiligen Schicht.[2] Jedoch haben die Gewerkschaften ein spezifisches Mittelschicht-Problem. Diese Gruppe – zu der Facharbeiter und qualifizierte Angestellte gezählt werden – ist innerhalb der Gewerkschaft öfter rechtsextrem eingestellt als unter den Nicht-Mitgliedern, und das massiv: 19 Prozent der gewerkschaftlichen Mitte besitzen rechtsextreme Einstellungen, bei Nicht-Mitgliedern sind es nur 13 Prozent. Dieses Ergebnis muss alarmieren, da es gerade die Mittelschichten sind, die sich von den Gewerkschaften angezogen fühlen. Immerhin 50 Prozent der Mitglieder und 43 Prozent ihrer Funktionäre stammen aus dieser Gruppe. Die Studie stellt daher fest, dass die maßgeblichen Trägergruppen der Gewerkschaften besonders wenig immun gegen rechtsextreme Ideen sind: »Gewerkschaften sind also stark durch die Mittelschicht geprägt, und sie üben auf rechtsextreme Arbeitnehmer aus der Mittelschicht besondere Anziehungskraft aus.«[3]



Quelle: Studie, S. 439.

Ergebnisse im Detail

Dass die Mitgliedschaft in einer Gewerkschaft nicht gegen extrem rechte Einstellungen feit, war schon länger bekannt. In den vergangenen Jahren bemühten Verantwortliche gerne eine Erklärung, die von der Studie »Spiegelbildthese« getauft wurde: Wenn die bundesdeutsche Gesellschaft insgesamt ein Problem mit Rechtsextremismus habe – so die bisherige Lesart –, dann spiegele sich das eben auch in den Gewerkschaften wider. Eine gewerkschaftstypische Ausprägung des Rechtsextremismus soll es demnach nicht geben.[4]

1) Stöss, Richard; Michael Fichter; Joachim Kreis; Bodo Zeuner: »Abschlussbericht Projekt ʻGewerkschaften und Rechtsextremismusʼ.« Berlin, Dezember 2004. Im Folgenden zitiert als Studie. Die Untersuchung ist im PDF-Format unter http://www.polwiss.fu-berlin.de/ erhältlich.
2) Ebd., S. 438 f.
3) Ebd., S. 439.
4) Die Ergebnisse der Kommission Rechtsextremismus aus dem Jahr 2000 sprachen davon, dass fremdenfeindliche Einstellungen »gewissermaßen im Trend« lägen und somit »die Ausbreitung derartiger Orientierungen in der politischen Mehrheitskultur« spiegelten (zitiert nach Studie, S. 16).

v.i.s.d.p.: apabiz e.v. | dank an unsere fördermitglieder, die mit ihrem beitrag die finanzierung unterstützen | fotos: alle rechte liegen bei den fotografen

Die Untersuchung stellte daher die Frage: »Bilden Gewerkschaftsmitglieder ein Spiegelbild der Gesellschaft, weil sie genauso den globalen ökonomischen, sozialen und politisch-kulturellen Veränderungen ausgesetzt sind wie Nicht-Mitglieder und daher genauso anfällig für Rechtsextremismus sind wie Unorganisierte, oder organisieren Gewerkschaften vorrangig bestimmte soziale Gruppen bzw. Mentalitäten, die Rechtsextremismus konstitutionsbedingt eher anziehen bzw. eher abwehren?«[5] Zur Beantwortung dessen werden differenzierte Angaben über die verschiedenen Teilgruppen innerhalb und außerhalb der Gewerkschaften geliefert.[6] Danach streben Gewerkschaftsmitglieder zwar deutlich häufiger nach »sozialer Gerechtigkeit«, lehnen neoliberale Orientierungen eher ab und stufen sich häufiger als »links« ein. Indes weisen viele Mitglieder zentrale Faktoren auf, die extrem rechte Einstellungen befördern, wie ein restriktives Demokratieverständnis, »autoritäre Persönlichkeitseigenschaften« und ein »traditionalistisches Sozialismusbild«.[7] Man könnte also sagen, dass das linke Selbstbild der Gewerkschaften weiterhin dominant ist, aber keine Hegemonie entfaltet.[8]



Antisemitisch oder nur kontraproduktiv? Das Titelbild des IG Metall-Organs »metall« vom Mai diesen Jahres und der dazugehörige Artikel lösten heftige Kontroversen um eine differenzierte Kapitalismuskritik aus.

Aktive und Passive

Die passiven Mitglieder, zu denen die Studie zwei Drittel zählt, sind besonders anfällig für rechtsextreme Einstellungen; dies gilt insbesondere für solche aus dem Westen. Dagegen wehren die Aktiven extrem rechte Tendenzen deutlich ab: »Eigenaktivität bzw. die Förderung einer partizipatorischen Orientierung [hat] sich in unserer Untersuchung als besonders starkes Bollwerk gegen rechtsextreme Einstellungen erwiesen (...)«.[9] Unter den Nicht-Mitgliedern ist die Gruppe von Gewerkschafts-Sympathisanten ebenfalls wenig anfällig, am stärksten dagegen unorganisierte Gewerkschaftsgegner. Geradezu immun gegen extrem rechte Einstellungen sind Funktionäre aus dem Osten.

Dabei besitzen die Gewerkschaften trotz aller Veränderungen, trotz ihres vielbeschworenen Bedeutungsverlustes und selbst entgegen aller rechtsextremen Anteile noch eine deutliche linke und demokratische Ausstrahlung. Ein Image, das weit über die eigene Mitgliedschaft hinausreicht, wie die Studie eindrucksvoll belegt. Die Gewerkschaft als »Wertegemeinschaft«, die ihre Mitglieder auf bestimmte Einstellungen verpflichtet, funktioniert unter den Aktiven in und den Sympathisanten außerhalb der Gewerkschaft gut.

Schlussfolgerungen

Die Autoren der Studie liefern einige »Schlussfolgerungen für die gewerkschaftliche Praxis«[10], die für eine weitere Diskussion äußerst hilfreich sein könnten. Zunächst sind die Auswirkungen des ökonomischen Status' auf die Ausbildung rechtsextremer Einstellungen deutlich geringer, als es die politische Debatte um Arbeitslosigkeit und Rechtsextremismus andauernd wiederholt. Ein Aspekt, der für das grundsätzliche Verständnis des Rechtsextremismus in Deutschland wesentlich ist. Die Studie stellt hierzu unmissverständlich fest: »Ungesicherte und unmoderne Verhältnisse im Arbeitsleben tragen wenig zur Erklärung von Rechtsextremismus bei. (...). Den Nährboden für Rechtsextremismus bilden mithin weniger der *objektive* soziale Status und die daraus erwachsenden Probleme, sondern vor allem das Zusammenwirken von Autoritarismus, Kapitalismus- und Demokratiekritik und von Unzufriedenheit. Eingedämmt wird Rechtsextremismus kaum durch einen gehobenen sozialen Status, durch Arbeitsplatzsicherheit oder durch Teilhabe am Modernisierungsprozess, sondern durch steigende Bildung und – in erster Linie – durch ein linksgerichtetes politisch-demokratisches Repertoire, das auf selbstbewusste Teilhabe an gesellschaftlichen Prozessen zielt.«[11]

Auch ein weiteres Ergebnis der Untersuchung deutet weit über die »differenzierte Teilgesellschaft« Gewerkschaft hinaus: Rassisten sind fast immer auch Rechtsextremisten: »Bei Personen, die besonders fremdenfeindlich eingestellt sind, besteht auch eine deutlich höhere Wahrscheinlichkeit, dass sie z.B. antisemitisch denken, den Nationalsozialismus verharmlosen und nach einem starken Führer rufen. Es gibt keine arbeitswelt- oder gewerkschaftsspezifische 'Light'-Version des Rechtsextremismus, die sich auf 'Ausländerfeindlichkeit' konzentriert und hinsichtlich der übrigen Dimensionen eher harmlos ist.«[12] Was das zukünftig für die Auseinandersetzung mit Mitgliedern bedeutet, die sich zwar »mal rassistisch äußern«, ansonsten aber vorbildliche Gewerkschafter sein wollen, wird sich zeigen.

Die Äußerungen eines Oskar Lafontaine zum Thema »Arbeit und Zuwanderung« allerdings belegen, wie gering das Problembewusstsein in der traditionalistischen Linken insgesamt ausgeprägt ist. Solche Statements veranschaulichen das ganze Dilemma, in dem sich der Studie zufolge auch die Gewerkschaft befindet: »Der Schutz von [tariflichen und gesetzlichen, U.J.] Standards erfordert Marktzugangskontrollen, und die damit verbundene exklusive Solidarität der Nutznießer des Standards bietet Anknüpfungspunkte für rechtsextreme Deutungen.«[13] Es kommt also nicht darauf an, die sozialen Fragen überhaupt aufzugreifen. Das macht die extreme Rechte ebenfalls, wie wir in unseren Vorträgen zeigen.[14] Maßgeblich ist, welche Vorschläge zu ihrer Behebung gemacht werden und in welcher Form sie vermittelt werden. Populistische Verkürzungen helfen bei diesem Thema in Deutschland nur der extremen Rechten.

5) Studie, S. 22.
6) Hier können nur wenige Details genannt werden. Eine umfangreiche Zusammenfassung der Studie ist in Planung.
7) Ebd., S. 439 ff.
8) Andererseits ist das Streben nach sozialer Gerechtigkeit, wie andere Faktoren auch, kein »linker Wert« an sich.
9) Ebd., S. 459.
10) Ebd., S. 458 ff.
11) Ebd., S. 445 f. Hervorhebungen im Original.
12) Ebd., S. 415.
13) Ebd., S. 457.



Inhaltlich anschlussfähig: Am 23. August 2004 demonstrierten in Köthen (Sachsen-Anhalt) Gewerkschaften, die rechtspopulistische Bürgerinitiative gegen staatliche Abzocke – Stop Hartz IV, Republikaner und örtliche Rechtsextremisten zusammen gegen Hartz IV.

Empfehlungen der Studie und Fazit

Die Studie empfiehlt, dass die Gewerkschaften im öffentlichen Diskurs die »Unterbietungskonkurrenz« offensiv zum Thema machen sollten und fordert die Internationalisierung der Gewerkschaftsarbeit. Als Gegenwehr regt sie an, »Aktivität und Selbstbewusstsein zu stärken und dabei Empörung nicht zu dämpfen, sondern ihr durch konsistente Deutungen und durch Bestärkung demokratischer Werte eine Richtung zu geben.«[15] Das ist eine Forderung, die an die gesamte gewerkschaftliche Bildungsarbeit gerichtet ist und eine Querschnittsaufgabe darstellt. Dieser Aufgabe haben sich in der Vergangenheit immer wieder Projekte in und bei den Gewerkschaften angenommen – wie etwa die Bausteine zur nicht-rassistischen Bildungsarbeit.[16]

Doch auch die Autoren der Studie wissen, dass Bildungsarbeit allein nicht ausreicht. »Wenn es richtig ist«, so heißt es mit deutlich skeptischem Unterton, »dass die Arbeitnehmer und die Gewerkschaftsmitglieder nichts besser von rechtsextremen Deutungsangeboten und Versuchungen fernhält als die Erfahrung, durch eigene Tätigkeit und Mitbestimmung in Betrieb, Gewerkschaft oder Politik etwas bewirken, erreichen, verändern zu können, dann steht diese Erkenntnis quer zur von den meisten Funktionären beklagten und von vielen als unabänderbar angesehenen Praxis des Stellvertreterhandelns für passive und nur an individueller Nutzenmaximierung interessierte Mitglieder.«[17]

Es wäre wünschenswert, wenn die Ergebnisse der Studie in den nächsten Monaten die innergewerkschaftliche Debatte vorantreiben. Die Aktiven innerhalb und außerhalb der Gewerkschaft sollten jetzt diskutieren, wie die wissenschaftlichen Erkenntnisse in gewerkschaftliches Handeln zu übersetzen sind. Dabei wird es nicht nur zu einer – überfälligen – Neubelebung des Bildungsangebotes kommen müssen. Die Gewerkschaften müssen sich auch der Tatsache stellen, dass sie eine Schlüsselposition in der gesellschaftlichen Debatte um den Sozialstaat besitzen. Ihr Gewicht alleine kann die politische Balance verändern – nach rechts oder nach links. Ulli Jentsch

14) Siehe *monitor* Nr. 17, S. 1 ff.
15) Studie, S. 458.
16) Siehe http://www.baustein.dgb-bwt.de. Im Anhang 137 der Studie findet sich ein Überblick über gewerkschaftliche Projekte gegen Rechtsextremismus.
17) Studie, S. 459.

bildung en detail Die Veranstaltung »Bunt & Braun« des apabiz e.v.

Neonazis jetzt Friedensengel?

Neonazis sind »Globalisierungsgegner« und »Antikapitalisten«, sie sorgen sich um Arbeitsplätze, um die Sicherheit der Bürger, um eine intakte Umwelt und um die »Vielfalt der Kulturen« – dies möchte mensch fast meinen, wenn man sich die neonazistische Propaganda von heute ansieht. Plumpe »Ausländer raus«-Demagogie und Hakenkreuzfetischismus sind populistischen politischen Forderungen gewichen, Positionen der gesellschaftlichen Mitte werden aufgegriffen und mit radikalen Lösungsvorschlägen angereichert.

Parallel dazu mischen sich nationalistische Großmachtphantasien mit pseudo-antiimperialistischer Rhetorik. Linke Symbolik erfährt eine Übernahme von rechts und die Aufmärsche bieten zuweilen eine buntes Miteinander von schwarzen, schwarz-weiß-roten, Reichskriegs- und Palästinafahnen. Vieles ist nicht (mehr) auf den ersten Blick als rechtsextrem zu erkennen.

Kern von »Bunt & braun« ist die Sichtbarmachung von Schnittstellen zwischen linken und rechten Inhalten, wie beispielsweise bei der Kritik an der Globalisierung. Während eine linke Kritik mit einem internationalistischen Blickwinkel die weltweiten Ausbeutungsmechanismen des kapitalistischen Wirtschaftssystems – einschließlich der Auswirkungen für alle Individuen – im Blick hat, hebt die Kritik von rechts auf die Benachteiligung der deutschen Bevölkerung ab; wenn sie völkisch motiviert ist, wird auch die rassistische Karte gespielt.

Anhand von Beispielen zeigen wir auf, dass eine fehlende internationalistische Argumentation, ein plattes Freund-Feind-Schema und eine populistische Symbolik mehr als anziehend auf Rechte wirken.

Nach nun gut zwei Jahren, in denen wir den Vortrag immer wieder veranstaltet haben, können wir eine gute Bilanz ziehen. So haben wir es geschafft, mit großen Verbänden wie z.B. attac und einzelnen Gewerkschaftsverbänden in die Diskussion zu treten und dadurch explizit antifaschistische Positionen innerhalb dieser Organisationen zu stärken.

Ansprechpartner und Projekte



Rundbrief antifaschistischer und antirassistischer GewerkschafterInnen (RAG)

Seit Jahren mit Analysen und Aktionen zum Thema in der Gewerkschaft präsent: antifaschistische und antirassistische GewerkschafterInnen mit ihrem Rundbrief RAG. Ihr könnt den RAG bekommen, wenn ihr pro Ausgabe 0,77 Euro in Briefmarken sendet an: DGB-Jugend Berlin-Brandenburg, Keithstr.1-3, 10787 Berlin. Örtliche Gewerkschaftsbüros erhalten den RAG weiterhin kostenlos, also fordert eure Gewerkschaften auf, das Blatt zu bestellen! E-mail: Ragberlin20@aol.com.

Arbeitsgruppe »Rechtsextremismus« in ver.di Berlin-Brandenburg

Die Arbeitsgruppe »Rechtsextremismus« in ver.di Berlin-Brandenburg setzt sich aus ehrenamtlichen Kolleginnen und Kollegen der Quellgewerkschaften DAG, DPG, HBV, IG Medien und ÖTV zusammen. Das vorhandene Wissen, die Erfahrungen und Ideen wurden unter dem ver.di-Dach gesammelt und gemeinsam haben wir diverse Aktivitäten gegen Rechtsextremismus, Rassismus, Ausländerfeindlichkeit und Diskriminierung entwickelt und öffentlichkeitswirksam angeboten. Die AG bietet Kolleginnen und Kollegen auf der Homepage www.agrexive.de auch Beratung zu alltäglicher Diskriminierung an.

www.AGREXIVE.de
FASCHISMUS IST KEINE MEINUNG – FASCHISMUS IST EIN VERBRECHEN !

Arbeitsstelle »Rechtsextremismus und Gewalt«

Die Arbeitsstelle »Rechtsextremismus und Gewalt« (ARUG) existiert seit 1994 in Trägerschaft der Bildungsvereinigung ARBEIT UND LEBEN Niedersachsen und wird seit 1999 als eigenständige Abteilung in hauptamtlicher Verantwortung geführt. Sie arbeitet bundesweit als Dienstleistungsanbieter in verschiedenen Handlungsfeldern: Archiv/Bibliothek, Fortbildung/Qualifizierung, Verlag, Projekte und Arbeit mit rechten Jugendlichen/Betroffenen.

In der Online-Datenbank der Arbeitsstelle findet ihr unter anderem auch etliche Beispiele von vorbildlichen Betriebsvereinbarungen zu Rassismus und Rechtsextremismus im Betrieb. Mehr unter www.arug.de

Bildungsvereinigung ARBEIT UND LEBEN Nds.
Arbeitsstelle Rechtsextremismus und Gewalt

Baustein zur nicht-rassistischen Bildungsarbeit



»Rassismus - eigentlich müsste man viel mehr dazu machen, aber in meinem Seminar ist einfach kein Platz mehr für noch ein Thema«, sagen viele KollegInnen. Aber bei antisemitischen Witzen im Seminar, oder dem Seminarteilnehmer, der meint, es gäbe »ja schon genug Ausländer in Deutschland« müssen wir dann doch reagieren, egal ob das vom Thema ablenkt und Zeit kostet. Schlagfertigkeit aber hat, das weiß jeder, ihre Grenzen. Und die, die solche Sprüche machen, kommen garantiert nicht zu einem Antirassismus-Seminar.

Im Baustein findet ihr Vorschläge und Materialien für ein antirassistisches Mainstreaming. Das heißt dafür, schon in der Seminarplanung zu überlegen, wie Rassismus kritisch zum Thema gemacht werden kann und, wie wir unsere Seminare selbst auf »blinde Flecken« untersuchen können. Zum Beispiel, solche, die dazu führen, dass wir über Arbeitslosigkeit reden, aber nicht ansprechen, dass Menschen mit Migrationshintergrund schlechtere Chancen auf dem Arbeitsmarkt haben. Das Material will Hilfestellung dafür leisten, Rassismus nicht zu reproduzieren, sondern zu reflektieren und abzubauen. Dazu gehört auch, die eigenen Konzepte »gegen den Strich zu bürsten«: Standortlogik, Leistungsdenken, die Norm des »männlichen deutschen Facharbeiters« – all das kommt mit dem Baustein auf den Prüfstand. Der Baustein im Internet: www.baustein.dgb-bwt.de. Bestellung wegen Nachdruck erst wieder ab Dezember 2005 gegen 13 Euro Schutzgebühr beim DGB-Bildungswerk Thüringen, Warsbergstr.1, 99092 Erfurt, baustein@dgb-bwt.de.

Arbeitskreis »Antirassismus« im ver.di-Bundesjugendvorstand

Als Arbeitskreis »Antirassismus« haben wir uns die Umsetzung des Gründungsbeschluss mit dem Thema Rechtsextremismus und Rassismus zum Ziel gesetzt. Das heißt, wir stellen uns organisationsintern und in der Öffentlichkeit offensiv gegen Rassismus, Antisemitismus und Rechtsextremismus. Wir verstehen uns als Motor der Gesamtorganisation und möchten durch eine offene Arbeit vielen Menschen die Mitarbeit ermöglichen. Als unsere wichtigste Aufgabe sehen wir den Aufbau eines antirassistischen Netzwerkes, die Förderung antirassistischer Arbeit in Betrieb und Gesellschaft sowie die Aufklärung der Öffentlichkeit. Mehr unter www.verdi-jugend.de.

ver.di JUGEND